

Klaus Stern u.a.: Rundfunk im Wandel von der Diktatur zur freiheitlichen Demokratie – neue Bundesländer, Ungarn, Polen, Tschechische und Slowakische Republik

München: C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung 1994 (Schriftenreihe des Instituts für Rundfunkrecht an der Universität zu Köln, Bd. 62), 84 S., DM 68,-, ISBN 3 406 381170

Die Rundfunksysteme der mittel- und osteuropäischen Staaten haben sich seit 1989 gewaltig verändert. Dieser Transformationsprozeß ist von politischen Konflikten und rechtlicher Unsicherheit gekennzeichnet, in Ungarn ist sogar vom 'Medienkrieg' die Rede. Kern des Problems ist ein in den meisten Staaten fast ungebrochen vorherrschendes instrumentelles Medienverständnis. Allerorten gibt es Konflikte zwischen Staatschef und Parlament über die Zuständigkeit für den Rundfunk und die Rundfunkaufsicht. Regelmäßig eskaliert dieser Streit, wenn es um die Ernennung von Intendanten geht; die Regierenden begreifen die Medienpolitik immer noch vorrangig als Personalpolitik. Bislang nahezu unbekannt geblieben ist ein pluralistisches, staatsfernes und parteienunabhängiges Verständnis vom Rundfunk.

Angesichts der in der Bundesrepublik recht dürftigen Kenntnisse über diese Transformationsprozesse war es verdienstvoll, daß das Kölner Institut für Rundfunkrecht am 7./8. Mai 1993 eine Reihe hochrangiger Vertreter aus mitteleuropäischen Staaten versammelt hat: darunter László Sólyom, den Präsidenten des ungarischen Verfassungsgerichts, Leszek Garlicki, den Direktor des American Studies Center der Universität Warschau und Milan Smid von der Karls-Universität Prag. Ihre Vorträge zeigten, wie sehr sich das Medienrecht in den drei Staaten im Übergang befindet. Die alten Verfassungen und gesetzlichen Regelungen aus der Zeit der kommunistischen Herrschaft sind weitgehend abgeschafft. Neue rundfunkrechtliche Regelungen sind von den Parlamenten entweder bemerkenswert hastig oder vorsätzlich als Provisorien beschlossen worden. Diese Entwicklung verlief widersprüchlich: Einerseits orientierten sich die Parlamente an westlichen Modellen von Rundfunkfreiheit und Rundfunkaufsicht, andererseits wußten sie, daß diese Modelle nur bedingt auf die osteuropäische Medienrealität übertragbar sein würden – ein Grund dafür, daß, so Georg Brunner, die „Rundfunkaufsicht bislang nirgends eine befriedigende Lösung erfahren hat“ (S.76).

Dank der Länderberichte aus Ungarn, Polen und Tschechien gewinnt der Leser eine lohnende Perspektive auf die Entwicklung des Rundfunks während der letzten Monate der DDR sowie in den neuen Bundesländern. Wie auch bei den östlichen Nachbarstaaten ging es hier um eine Demonopolisierung und Föderalisierung des Staatsrundfunks und um die Etablierung des dualen Rundfunksystems. Zurecht urteilt Edith Spielhagen, daß die Wende beim Rundfunk letztlich von westdeutschen Beratern geprägt wurde und diese sich gegenüber den schon zu Zeiten der DDR eingeleiteten Veränderungen bemerkens-

wert ignorant verhielten. Gleichfalls aus gutem Grunde rügt Thomas R. Nissen (Juristischer Direktor des Mitteldeutschen Rundfunks in Leipzig), daß „der Westen der Republik in der Einheit seine Chancen versäumt hat“ (S.48) und sowohl eine Länderreform wie auch eine ARD-Reform unterblieben sind. Dennoch erscheint angesichts der medienrechtlichen Unsicherheit in den Nachbarstaaten die bisweilen perfektionistische Übertragung altbundesdeutscher medienorganisatorischer und medienrechtlicher Strukturen auf die neuen Bundesländer als das kleinere Übel. Der Beitrag von Spielhagen zeigt dies am Aufbau des Ostdeutschen Rundfunks Brandenburg, jener von Nissen am Beispiel des Mitteldeutschen Rundfunks.

Nicht den Herausgebern des Sammelbandes, sondern der rasanten Entwicklung des Rundfunks ist es anzulasten, daß einige Einschätzungen zwei Jahre nach der Tagung keine Aktualität mehr beanspruchen können. So ist etwa der Marktanteil privater Hörfunk- und Fernsehanbieter in den mitteleuropäischen Staaten rapide gestiegen, wodurch der öffentlich-rechtliche Rundfunk stark unter Druck geriet. Unverändert gültig ist nur der bedenklich stimmende Befund, daß mit jeder sich verändernden Parlamentsmehrheit die Namen der Intendanten wechseln – der im Titel des Buches apostrophierte demokratische Wandel des Rundfunks in Mittel- und Osteuropa ist längst noch nicht abgeschlossen.

Rolf Geserick (Marl)